

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Energiekrise – Der Sport darf nicht allein gelassen werden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland leidet unter einer Energiekrise. Sie prägt aktuell das Leben in unserem Land, im privaten wie im wirtschaftlichen Bereich – und auch im Sport. Zahlreiche Sportverbände und Vereine leiden akut unter der Energiekrise und den damit verbundenen enormen Kostensteigerungen. So fordert der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), einen „Energie-Lockdown für den Sport“ zu verhindern; er warnt eindringlich davor, in der sich abzeichnenden Energiekrise die Fehler aus der Corona-Pandemie zu wiederholen und Schwimmbäder und weitere Sportstätten erneut zu schließen (<https://www.dosb.de/ueber-uns/energiekrise>). Die Sportvereine halten ihre Lage für bedrohlich, sogar für gefährlicher als in der Hochzeit der Pandemie (<https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/energiekrise-im-sport-vereine-im-norden-schlagen-alarm-18392398.html>). Konkret droht die Schließung ganzer Sportstätten, wie z. B. von besonders energieintensiven Eishallen (<https://www.sportchau.de/regional/br/br-energiekrise-im-wintersport-in-bayern-droht-der-stillstand-104.html>). Insgesamt ist eine für den Sport in Deutschland äußerst gefährliche Situation entstanden, auf die die Politik reagieren muss.

Die Bundesregierung hatte zunächst vollständig darauf verzichtet, zur Lösung dieser Krise geeignete Maßnahmen zu ergreifen. So wurden in den ersten drei Entlastungspaketen überhaupt keine Hilfen für den Sport vorgesehen, was unter den Sportverbänden vor dem Hintergrund Enttäuschung und Verwunderung auslöste, dass die Kultur im Gegensatz zum Sport sehr wohl Berücksichtigung fand (<https://www.swr.de/sport/hintergrund/artikel-landessportbund-rheinland-pfalz-zur-energiekrise-entlastungspaket-100.html>). Im Konzept zum wirtschaftlichen Abwehrschirm, der Hilfen in Höhe von 200 Mrd. Euro umfassen soll, werden gegen Ende die Sportvereine nunmehr wenigstens lapidar erwähnt (<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/2130920/2046cb91023bbd61eca3f3102c987fe8/2022-09-29-finanzieller-abwehrschirm-data.pdf?download=1>).

Das Verhalten der Bundesregierung ist nicht nur unverständlich, sondern stellt auch eine Gefahr für die Existenz der Sportvereine in Deutschland dar. Laut einer aktuellen Umfrage des DFB halten sich 56,4 Prozent der befragten Amateurvereine im Fußball finanziell für existenziell gefährdet (https://assets.dfb.de/uploads/000/266/921/original_VIS_DFB_Energiesparen_DFB-Gesamt_Aug22.pdf?1660805199). Dies hätte nicht nur für den Sport selbst, sondern auch für den gesellschaftlichen Zusammenhang in unserem Land unabsehbare negative Konsequenzen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. klarzustellen, wie und vor allem in welcher konkreten Höhe sie den Sport in der Energiekrise zu unterstützen beabsichtigt,
 2. sicherzustellen, dass sowohl Kommunen als auch Vereine als Träger des Sports in Deutschland angemessen unterstützt werden,
 3. einen Zeitplan vorzulegen, um den Kommunen und Vereinen Planungssicherheit zu geben,
 4. dieses Thema auch auf dem von der Bundesregierung offenbar für den Dezember 2022 geplanten „Bewegungsgipfel“ zu erörtern, da dessen Beschlüsse nur Wirkung entfalten können, wenn im Winter die entsprechende Sportinfrastruktur zur Verfügung steht,
 5. vor allem auch die Sportschulen zu berücksichtigen, indem die Landessportverbände als Träger auch für sie eine angemessene Unterstützung erhalten,
 6. einen Schwerpunkt auf die Sportinfrastruktur zu legen, die als besonders energieintensiv gilt (wie bspw. Eissporthallen und Seilbahnen), sowie auf deren Betreiber,
 7. bei der Unterstützung des Sports in der Energiekrise die Interessen des Wintersports angemessen zu berücksichtigen,
 8. Energiesparkonzepte zu schaffen bzw. die bestehenden Konzepte gegebenenfalls zu überarbeiten, um deren Wirksamkeit zu gewährleisten,
 9. ein besonderes Augenmerk auf die Hallenbäder zu richten, damit die Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen durch Schließungen aufgrund der Energiekrise nicht noch stärker beeinträchtigt wird,
 10. einen „Notfallplan Sport“ zu erstellen, um im Fall einer akuten Gas-Notlage den Sportbetrieb aufrecht erhalten zu können,
 11. die geplanten Maßnahmen mit den Ländern und Kommunen abzustimmen, um einen ganzheitlichen Rettungsplan für den Sport in unserem Land zu schaffen und
 12. ein Konzept vorzulegen, um den Sanierungsstau bei kommunalen und vereinseigenen Sportstätten im Bereich der energetischen Sanierungen zu beheben, und damit dem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, eine Offensive für Investitionen in Sportstätten von Kommunen und Vereinen unter Beachtung der Nachhaltigkeit zu starten, Rechnung zu tragen.

Berlin, den 8. November 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion